

Gert Kähler

Von Bürgern und Initiativen in Hamburg

Die *Eimsbütteler Zeitung*, einer Beilage des *Hamburger Abendblattes*, schreibt in Ihrer Ausgabe vom 12. Juli 1973, unter einem Bild fröhlich spielender Kinder vor den Fassaden gründerzeitlicher Bebauung: „Ein Schnappschuss irgendwo in einer kleinen Stichstraße am Falkenried im Stadtteil Hoheluft. Hier leben Familien, deutsche und ausländische, mit Kindern, die hineinwachsen in eine Welt, die einmal schöner sein soll als diese alte Straße mit den jahrzehntealten abbruchreifen Häusern. Kein Grün, kein Kinderspielplatz ist zu sehen, auf den ersten Blick scheint die Straße sogar fernab von jedem Autoverkehr zu liegen (das scheint die ultimative Katastrophe zu sein! Anm. GK). Diese Kinder kennen ihre Umwelt nur aus der Sicht ihrer Straßen, und schon die benachbarten Schulen sind für sie der Schritt ins 20. Jahrhundert. Höchste Zeit für die hier wohnenden Menschen, daß die schönen Reden von der Sanierung alter Stadtviertel Wirklichkeit werden und auch an dieser Stelle (...) ein modernes Neubauviertel entsteht.“

Es handelt sich um ein Quartier, deren Bewohner fast zwanzig Jahre lang um den *Erhalt* ihres Viertels kämpften.

Es sind faszinierende Sätze, die sofort in jene Zeit versetzen, da der Abriss alter Häuser als Segen angesehen wurde - von den Behörden. Die Bürger sahen es oft anders. Die bedauernswerten Kinder durften nicht auf den Spielplatz, sie mussten auf der Straße spielen (auf der übrigens keine Autos zugelassen waren)! Heute nennt man das auf gut Deutsch *shared space*, und auf dem zuständigen Verkehrsschild sind zwei Herzen abgebildet.

Das - übrigens letztlich für die Bewohner erfolgreiche - Beispiel Falkenried-Terrassen in Hamburg zeigt, wie man als Bürgerinitiative sein Ziel erreichen kann, nämlich etwa so wie beim englischen Rasen: jeden Tag mähen und gießen (= Druck machen), außerdem 300 Jahre (= 20) warten. Aber der entscheidende Punkt ist nicht, dass man viel Geduld und Zähigkeit und möglichst viele Mitstreiter braucht. Der entscheidende Punkt ist: Man braucht ein klares Ziel - der Ton liegt sowohl auf *ein* wie auf *klar*. Deshalb sind die Bürgerinitiativen am erfolgreichsten, die gegen etwas mobilisieren. Für etwas zu sein, ist viel schwerer zu vermitteln, schon, weil es meist mit Geld verbunden ist - und woher nehmen? Aber gegen? Kein Problem: *Gegen* einen Kindergarten, wegen des Lärms, *gegen* eine Behinderteneinrichtung, wegen des Wertverfalls des eigenen Grundstücks, *gegen* den Abriss eines Hauses, schon weil man selbst sich dran gewöhnt hat. Es muss

eine bestimmte Schmerzgrenze erreicht werden, von der an man sich wehrt - beim einen liegt der beim Grundstückswert, beim anderen bei der günstigen Miete, bei den dritten bei der Zumutung, ihre Kinder noch zwei Jahre länger mit den Schmuttelkindern zusammen zur Schule gehen zu lassen. Was man an den Beispielen auch sehen kann:

Bürgerinitiativen sind nicht *per se* im Recht - sie vertreten eigene Interessen, die sich nicht mit denen der Gesellschaft decken müssen: „Selbstorganisation muss es geben in einer Demokratie, das heißt aber nicht, dass sie selbst demokratisch ist“¹.

Ein weiteres Beispiel, das die Sache deutlicher macht: In ganz Hamburg sollten Ende der 1990er Jahre 17 Postämter geschlossen werden - und wurden zum größten Teil auch geschlossen. Nur das kleine gallische Dorf Klein-Borstel, die geringe Größe schon im Namen tragend, wehrte sich. Zunächst, im August 1993, wurde eine Unterschriftensammlung gemacht, ein Protestschreiben verfasst: Es wurde sich ganz gesittet verhalten; es ist ein durchwegs bürgerliches Quartier, mit vielen alten Bewohnern. Eine Klage vor Gericht folgte, das Postamt wurde dennoch geschlossen und zwei Tage später von den Bewohnern „besetzt“. Es gibt Verhandlungen, die Klage wird abgewiesen. Und jetzt kommt das Überraschende in dem bürgerlichen Viertel: die Bewohner richten in einem Zelt vor dem alten Postamt eine „Bürgerpost“ ein, sie verkaufen dort die üblichen Briefmarken (ohne Aufschlag), dazu eine „Jubiläumsmarke“ „100 Tage PrOteST“, nehmen Pakete an und leiten die weiter. Über den ganzen Winter wird diese Aktion weitergeführt, jeder Brief bekommt einen Stempel „PrOteST - wir wehren uns!“. Am 8. Februar 1994, fast ein halbes Jahr mit kalten Füßen und ungesundem Stehen, knickt die Deutsche Post ein und eine „Postagentur“ wird eingerichtet - ein Sieg auf (fast) ganzer Linie.

Das Beispiel ist aus verschiedenen Gründen interessant: Zum einen waren es „ganz normale Bürger“, die protestierten, frühe „Wutbürger“. Die haben nicht nur geredet, sondern auch gemacht. Im Nachbarstadtteil Wellingsbüttel wurde die Post ebenfalls geschlossen; dort hat sich kein Mensch erregt. Nachbarschaftliche Verbundenheit eines gewachsenen Quartiers und die Initiative eines einzelnen oder einer kleinen Gruppe hatten zu dem Engagement geführt. Und noch etwas: Das *Hamburger Abendblatt* berichtete nicht nur ausführlich, sondern auch positiv über die Aktion. Das war bei anderen Initiativen schon mal anders, schließlich hat sich die „Springer-Presse“ ihren schlechten Ruf hart erarbeitet.

Und ein drittes Beispiel (und bei diesem Thema könnte man eine lange Liste von mehr oder weniger organisierten Protesten aufzählen, weil Verkehrsplanung immer anfällig ist

¹ Christoph Möllers: Auf das Regieren kommt es an. DIE ZEIT 16.5.2012, S. 52

für Widerstand): In Hamburg wurde vor allem in den 1960er Jahren aus Angst vor einem Verkehrsinfarkt, der die Wirtschaft treffen würde, viel über den motorisierten Verkehr nachgedacht - die Ost-West-Straße ist ein Beispiel dafür, das heute sehr negativ gesehen wird als „Zerschneidung der Stadt“ (damals hatte die Straße keineswegs das negative Image, und die Breite ist auch nicht größer als die eines durchschnittlichen Pariser Boulevards, denen man ja auch keine stadtzerstörerische Wirkung zuschreibt). Besonders unter dem Oberbaudirektor Otto Sill, von Haus aus Verkehrsplaner, wurde am Straßennetz gebastelt - 135 km Stadtautobahnen sollte es geben, Osttangente, Westtangente und Kerntangente waren die großen Schlagwörter, wobei letztere eine Untertunnelung der Außenalster zwischen Winterhude und Rothenbaum bedeutete² (und der Begriff der „Tangente“ quer durch die Wohngebiete wohl als Euphemismus gesehen werden muss). Das fanden alle gut, es diente ja der freien Fahrt für freie Bürger³: „In erheblichem Maße trägt zur Sanierung eine Zubringerstraße zur Bundesautobahn bei. Sie führt als Verlängerung der Ost-West-Straße in der Innenstadt von der Ehrenbergstraße aus zur Behringstraße quer durch Ottensen. Der Abbruch und Neuaufbau von Häusern ist die Folge“, schrieb das *Hamburger Abendblatt* lapidar - noch einmal Sanierung durch Abriss.

Es ging spätestens um 1970 um einen Stadtteil, der weitgehend von Bomben verschont geblieben war, einen alten Industriestandort, aus dem die Fabriken wegzogen, und dessen kleinteilige Stadtstruktur von vielen Ausländern und den Resten einer kleinbürgerlichen Arbeiterschaft bei niedrigen Mieten genutzt wurde. Es ging um Ottensen, heute vollständig gentrifiziert und eines der attraktivsten Quartiere der Stadt.

Fakt war: Die Wohnungen dort waren sanierungsbedürftig. Deshalb gab es im Laufe der Jahre nach 1970 zahlreiche Pläne zusätzlich zum Autobahn-Zubringer (zeitweilig als Hochstraße geplant), das Quartier zu einer „City West“ zu machen, mit Hochhäusern und Büroflächen: „Großstadt-Zentrum ‚City West‘ kann allen eine Chance bieten!“ texteten die *Altonaer Nachrichten* am 25. Februar 1971. Nur die Bewohner waren dagegen und protestierten auf vielfältige Weise.

Es war nicht eine einzelne Bürgerinitiative, es war ein „Aktionsbündnis“, das tätig wurde - erfolgreich, mit Diskussionen, Demonstrationen, einer Stadtteilzeitung. Schon 1973 zog der Senat zurück: „In Ottensen wird kein Autobahn-Zubringer gebaut“⁴. Dabei kamen

2 ausführlicher s.a. Sven Bardua, Gert Kähler: Die Stadt und das Auto. Wie der Verkehr Hamburg veränderte. Hamburg 2012

3 so ein Slogan des ADAC aus dem Jahre 1974 - damals lagen die bundesweite Zahl der Verkehrstoten knapp unter 20 000, heue, gesamtdeutsch, bei knapp über 4 000.

4 Hamburger Morgenpost, 14.6.1973

verschiedene Entwicklungen zusammen - einmal die nach 1967 durch die Studentenbewegung entstandene neue Lust, sich einzumischen, aber auch eine grundsätzlich veränderte Einstellung des Staates, der 1971 das Städtebauförderungsgesetz verabschiedet hatte und die „behutsame Stadtsanierung“ entwickelte. Ottensen wurde, unterstützt durch Mittel des Bundes, zu einem „Modell-Stadtteil für eine „Sanierung in kleinen Schritten“. Was im Einzelfall erfolgreich war in einer Melange von Bürgerstimmung, veränderten Rahmenbedingungen und fehlendem Geld für den Autobahnbau, wird bis heute von den Bürgern geübt, und in Hamburg in zunehmendem Maße; inzwischen gibt es bei den Bezirksparlamenten schon eine Art „vorausseilendem Gehorsams“, sobald sich irgendwo Proteste artikulieren.

Der Begriff der „Bürgerinitiative“ kam Mitte der 1960er Jahre auf. Aber es gab sie viel länger - Von Demonstrationen selbst in der unmittelbaren Nachkriegszeit für oder gegen bestimmte Maßnahmen angefangen, gab es schon früh in der Republik Interessenvertretungen; die „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald“ wurde bereits auf Bundesebene 1947 gegründet, als Protestorganisation gegen die großflächige Abholzung der Wälder durch die Alliierten (das hat dann schon ironisches Potential, wenn ein Bürgerbegehren in Eimsbüttel gegen ein „Haus des Waldes“ im Niendorfer Gehege stimmt). Umweltbedrohungen und Stadtplanung - das waren die Hauptthemen - gegen AKW's, gegen ein neues Haus, gegen Straßenbaupläne. Abzugrenzen sind dagegen Hausbesetzungen, selbst wenn sie inzwischen mit eigenen Organisationsformen zur Ruhe gekommen sind - Hafensstraße, Hegestraße/ Haynstraße (bis heute aktiv). Abzugrenzen sind dagegen auch mäzenatische Aktionen: Wenn ein durch Immobilien reich gewordener Bürger ein Haus stiftet, eine Stiftung zur Förderung der Künste oder Ähnliches ins Leben ruft, dann stellt das (auch) eine Einzelaktion dar, und in Hamburg hat das Stiftungswesen eine große Bedeutung: Die Stiftung ist so etwas wie die „umgekehrte Bürgerinitiative“: nicht Protest gegen etwas, sondern Geld für etwas. Mit „positiv“ oder „negativ“ vor einem allgemeinen Hintergrund des gesellschaftlichen Interesses lassen sich alle diese Formen nicht werten; das „gesellschaftliche Interesse“ ist schließlich auch nur die Summe von Einzelinteressen.

„Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht“ - dieser Brecht zugeschriebene Satz stellt jedenfalls immer den Hintergrund der Aktionsbündnisse, Bürgerinitiativen oder eingetragenen Vereine zur Erreichung bestimmter Ziele dar. Kleists Michael Kohlhaas versteckt sich im Hintergrund, ist aber immer bereit, aufzustehen. Michel Foucault: „Darum gibt es im Verhältnis zur Macht nicht den einen Ort der Großen Weigerung (...). Sondern es gibt einzelne Widerstände: mögliche, notwendige, unwahrscheinliche, spontane, wilde,

einsame, abgestimmte, kriecherische, gewalttätige, unversöhnliche, kompromissbereite, interessierte oder opferbereite Widerstände (...).“⁵ Das beschreibt (selbst wenn es Foucault nicht so gemeint hat) sehr schön die Vielfalt der Basisdemokratie. Was nicht ausschließt, dass die eine basisdemokratische Bürgerinitiative gegen das andere Aktionsbündnis kämpft - Bürgerinitiativen vertreten Interessen der Bürger, und die können durchaus unterschiedlich sein. Spannend bleibt das allemal.

(zuerst veröffentlicht in: Internationale Bauausstellung Hamburg (Hg): Metropole: Zivilgesellschaft. Berlin 2012

⁵ Michel Foucault: Sexualität und Wahrheit, Band 1: Der Wille zum Wissen. Frankfurt/ Main 2003, (14) S. 93